Deutschen Richterbundes für „die Tauglichkeit des gegenwärtigen Jugendstrafrechts“, der Vielseitigkeit seiner Einstellungsmöglichkeiten und ambulanten Maßnahmen „und für das Augenmaß der jugendrichterlichen Sanktionspraxis“ spricht (Rainer Voss, Richter sind keine Ausputzer - Die Kritik Manfred Kanthers an der Justiz ist unberechtigt. Die Zeit, 26.9.97., S. 16). Vergleichbare Argumentationen betreffen das Ansinnen, die Interventionen der Jugendhilfe notfalls mit Zwang durchzusetzen.

Der Effekt der Verschärfungen läge also nicht in einem höheren Integrationserfolg, er liegt daher auch nicht in einer höheren Sicherheit, wenn man denn nicht die lebenslange Inhaftierung mit denkt. Nachweislich entlassen Zwangsmaßnahmen die Betroffenen mit größeren Integrationsproblemen und - wenn man denn die höhere Rückfallwahrscheinlichkeit so bezeichnete - als höheres Sicherheitsrisiko. Aber dennoch passen die Forderungen nach Strafverschärfung und paßt eine repressivere Kriminalpolitik in diese Zeit. Intensivierung und Verschärfung von Kontrolle und Sanktionen sind nämlich eine mögliche Antwort auf die geschilderte gesellschaftliche Situation. Sie wirken über das höhere Niveau der Kriminalisierung als differenzierende Deklassierung. Das über die Intensivierung von Kontrollen verfestigte Bild der „Gefährlichen Jugend“ entzieht deren Anspruch auf soziale Teilhabe und Zukunft einen Teil der Legitimation. Darüber hinaus wirken die häufiger und mit höherer Wirkung verhängten Sanktionen wie eine zusätzliche Sortierung zwischen denen, die noch fordern dürfen und jenen, die nichts mehr zu melden haben. Der über viele Stufen laufende Strafverfolgungsfiler, der von einer bestehenden „Verbrechenswirklichkeit“ weniger als 10% strafmündige Tatverdächtige polizeilich ausfiltert, von denen etwa ein Drittel verurteilt wird, dabei unter 10% zu vollstreckter Freiheitsstrafe, hat vor allem die Wirkung, die besondere soziale Deklassierung eines Teils der Jugend zu verschärfen. Je mehr in den Trichter eingefangen werden und je mehr mit gravierenden Folgen in ihm steckenbleiben,

um so stärker trägt die Strafverfolgung zur Ausdifferenzierung sozialer Chancen und zur Aussortierung Chancenloser bei (Vgl. zur schichtspezifischen Kriminalisierung die bei Rainer Geißler zusammengetragenen und kommentierten Forschungsergebnisse. Ders., Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland, Stuttgart 1994, insb. S. 160 - 194).

Dieses wachsend repressive Klima hat die Jugendgerichtsbarkeit und die Jugendhilfe unter Druck gebracht. In einem Boot werden sich beide aber dennoch nicht oder nur vorübergehend fühlen. Dazu sind die anstehenden Fragen zu unterschiedlich. Die stärkste strafverschärfende Wirkung im Jugendstrafverfahren würde von einer Herabsetzung der Strafmündigkeit ausgehen und von einer Einschränkung der Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes auf Heranwachsende. Solche Maßnahmen würden ein wesentlich vergrößertes Potential in den Strafverfolgungsfiler einschleusen und zu einer höheren Verurteiltenhäufigkeit, wie auch zu höheren Strafen führen.

Einen ähnlichen Effekt hätte die Einschränkung der Diversionsmaßnahmen. Auch diese Maßnahme würde zu einer Erhöhung der Zahl Verurteilter führen. In der Konsequenz wäre aber auch mit einer Anschärfung des Verhältnisses zwischen Jugendgerichtsbarkeit und Jugendhilfe zu rechnen. Es ist nämlich nicht recht vorstellbar, daß eine Justiz, die mit überwiegend schlechtem Gewissen ihre Sanktionspraxis verschärft, der Jugendhilfe ihre Definitionsmacht über die Maßnahmen zwischen Justiz und erzieherischen Hilfen beläßt. Die erste Konsequenz einer verschärften Jugendgerichtsbarkeit wäre die Forderung nach Vermeidung der Untersuchungshaft in einer geschlossenen Einrichtung der Jugendhilfe. Eine weitere Konsequenz läge darin, für die 12 bis 15/16jährigen die verschärfte Justiz durch das angeblich kleinere Übel des geschlossenen Erziehungsheims zu substituieren. Das heute gelegentlich angeblich zum Schutz der Jugendhilfe verwandte Argument, für die Jugendkriminalität bzw. die zugehörigen